

mik und ihrem Endlichkeitsbewußtsein weithin mit Kaufmanns soziologischer Darstellung konvergierte.

Den theologischen Part lieferte in Hohenheim der französische Dogmatiker *Christian Duquoc*. Auch er setzte – wie schon zuvor Kaufmann – deutliche Fragezeichen hinter Konzepte einer Neu-evangelisierung Europas, die die Moderne mehr als feindliches Terrain denn als nicht nur unvermeidliches, sondern auch chancenreiches Feld für die Bewährung des christlichen Glaubens betrachten. Duquoc behaftete die Kirche demgegenüber radikal bei ihrem Zeugnischarakter: Sie verkünde Jesus Christus, der aber gerade nicht ihr gehöre, sondern „hors frontière“ stehe. Duquocs Referat war so ein einziges Plädoyer dafür, die kirchliche Vermittlung der Glaubensbotschaft nicht vor diese Botschaft selber zu schieben und sie damit um ihre Wirkungsmöglichkeiten im gegenwärtigen Europa zu bringen.

Bei der Hohenheimer Tagung der

Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie konnten die Grundfragen nach dem Ort von Christentum, Kirche und Theologie in Europa nur gerade gestellt werden. Das galt auch für die Problemfelder Nation, Nationalismus und Kirche (dazu referierte der Kirchenhistoriker *Viktor Konzemius*) sowie Europa und die anderen Kontinente (hierzu äußerte sich der italienische Historiker *Giuseppe Alberigo*, der für eine Überwindung des Eurozentrismus zugunsten einer „Kultur der Andersheit“ plädierte). Es wurden immerhin einige Umrisse des Terrains gezeichnet, auf dem sich Theologie in den nächsten Jahren in Ost und West zu bewähren hat.

Vielleicht entsteht ein theologisches Netzwerk

Die Gesellschaft für Katholische Theologie kann und will bei diesem Geschäft Hilfestellungen leisten. Dabei wird es vor allem wichtig sein, die Theologen aus den früher kommu-

nistischen Ländern in das theologische Gespräch zu integrieren, ohne sie paternalistisch zu bevormunden oder ihnen „westliche“ Konzeptionen und Sichtweisen mehr oder weniger aufzuzwingen. Es komme jetzt alles auf einmal auf sie zu, sagte eine junge tschechische Theologin bei der Tagung zur Erläuterung der Schwierigkeiten ihrer Kollegen bei der Artikulation ihrer Anliegen.

Aber auch in Westeuropa, etwa zwischen deutscher und französischer Theologie, gibt es beträchtliche Verstehensprobleme nicht nur sprachlicher Art, so daß die Intensivierung des Austauschs auch quer zu den theologischen Disziplinen sinnvoll und notwendig ist. Vielleicht kann mit Hilfe der Gesellschaft für Katholische Theologie in Europa zunehmend so etwas wie ein theologisches Netzwerk der Institutionen und Themen entstehen, das die eigenständige Rolle der Theologie in der Kirche und Gesellschaft befördert, ohne sie zu isolieren oder zu überschätzen. *U. R.*

Umbruch in der Wählerschaft

Was bedeuten die Signale dieses Frühjahrs?

In den Wochen Ende März und Anfang April ging es Schlag auf Schlag. In Frankreich und in Deutschland gab es Erdbeben wie noch nie, in Italien ein mittleres Erdbeben. Und selbst bei den Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen in den USA im kommenden Herbst zeigten sich Erscheinungen des Unbehagens an Kandidaten und Parteien, die der politischen Gemütslage in Europa verächtlich nahe kommen. Nur die Wähler Großbritanniens als der ältesten neuzeitlichen und deswegen fast unheimlich stabilen Demokratie zeigten sich bei den Unterhauswahlen am 9. April unbeeindruckt; sie strafte höchstens die Demoskopen und sicherten trotz auch dort kräftiger Einbußen der Regierenden den Tories John Majors dank des britischen Mehrheitswahlrechts nochmals eine passable Mehrheit.

Den Anfang machten am 22. März bei den Regional- und Departementswahlen in Frankreich gewaltige Verluste der regierenden Sozialisten, ein von niemandem vermutetes Abrutschen der Partei *François Mitterrands* unter die 20 Prozent-Grenze (18, 3 Prozent), bemerkenswerte Ver-

luste dennoch auch bei der gemeinsam angetretenen bürgerlichen „Koalition“ aus RPR und UDF, starke Gewinne der Ökologen. Die Reformökologen des Umweltministers *Lalonde* überholten auf Anhieb die klassischen „Verts“ des Elsässers *Antoine Waechter*. Und die Nationale Front *Jean-Marie Le Pens* stieg zwar nicht so hoch, wie es die Prognosen vermuten ließen, kam aber auf 13, 9 Prozent; gegenüber den Regionalwahlen von 1986 war das immerhin ein Anstieg von 4, 3 Prozent. Dabei waren die regionalen Ausschläge noch weit imposanter als das nationale Ergebnis. In der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur erhielten die rechtsextremen Gefolgsleute *Le Pens* 23, 3 Prozent. In fünf der sieben Mittelmeer-Departements lag die Nationale Front über 20, in Nizza knapp über 30 Prozent.

Dann am 5. April in Deutschland Doppel-Landtagswahl in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Bis vier Wochen vor der Wahl schien in Baden-Württemberg für die Christlich-Demokratische Union eine absolute Mehrheit – wenn nicht der Stimmen, so doch der Sitze – noch erreichbar zu sein. Wenn Koalition, so wurde nur eine

von CDU und FDP in Betracht gezogen, mit der Ungewißheit freilich, ob die einst im deutschen Südwesten so gewichtige Liberalen-Partei den Einzug in den Landtag noch schaffen würde.

Dann unter bundespolitischen Einflüssen der gewaltige Umbruch während der heißen Phase des Wahlkampfes mit für die Christdemokraten düsteren Prognosen, denen Glauben zu schenken so manchem schwer fiel, und der sich gleichzeitig ankündigende Aufstieg der Republikaner *Franz Schönhubers*, von denen man bis zu Beginn des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit des Landes kaum etwas bemerkt hatte.

Bröckelnde Mehrheiten in der Bundesrepublik

Schließlich am Wahltag das Ergebnis: für die CDU 39, 6 Prozent, gegenüber den Landtagswahlen von 1988 ein Minus von 9, 4 Prozent – ein Erdbeben, wie er selbst für die achtziger Jahre untypisch war und für Baden-Württemberg schlechthin untypisch ist. Gleichzeitig Verluste der SPD-Opposition von 2, 6 Prozent, nachdem man gemeint hatte, mit den 32 Prozent von 1988 den möglichen Tiefstand erreicht zu haben. Daneben eine bei knapp 6 Prozent stagnierende FDP, dafür aber ein Anstieg der Republikaner gleichsam aus dem Nichts auf 10, 8 Prozent. Insgesamt ein Umbruch in der Wählerschaft, wie er abrupter kaum sein konnte.

Alle Kalkulationen für die neue Legislaturperiode mußten über den Haufen geworfen werden. Ganz neue Konstellationen oder auch wieder ganze alte taten sich auf. Neben der Erneuerung einer Großen Koalition aus CDU und SPD, wie sie in den späten sechziger Jahren unter *Hans Karl Filbinger* schon einmal bestand, tauchte plötzlich die Möglichkeit einer *Schwarz-Grünen Allianz* auf – eine Perspektive, von der außerhalb des parlamentarischen Betriebs höchstens blutige Außenseiter zu träumen wagten.

Und in *Schleswig-Holstein*? Die Konsequenzen aus der dortigen Wahl waren nicht annähernd so drastisch – dort für die SPD – wie für die CDU in Baden-Württemberg, das Ergebnis selbst, jedenfalls gemessen an den Prognosen, aber wirkte kaum minder spektakulär. 1988 – auf dem Höhepunkt der Barschel-Affäre – erreichte die SPD Schleswig-Holsteins ein Ausnahme-Ergebnis: 54,8 Prozent. Es war klar, daß sie dieses Ergebnis 1992 trotz einer schwachen CDU-Opposition mit einem nicht minder schwachen und ungeschickten Spitzenkandidaten nicht würde halten können. Aber weder schien die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten gefährdet, noch wurde neue Konkurrenz gefürchtet. Unter den Demoskopern hieß es überzeugend, von rechts drohe *Björn Engholm* keine Gefahr. Die Prognose war plausibel. Zwar gibt es im nördlichsten Bundesland ein diffus braun eingefärbtes Wählerpotential, aber die rechtsextreme Deutsche Volksunion war dort – anders als die Republikaner in Baden-Württemberg – auch regional und lokal kaum verwurzelt

(Ergebnis bei der Bundestagswahl 1990 1,2; der Republikaner in Baden-Württemberg immerhin 3,2 Prozent).

Aber aus dem Stand und trotz der mit der Kanzlerkandidatur geschmückten Lichtgestalt Engholm kam die DVU auf über 6 Prozent (6, 3). Die SPD verlor trotz einer in den letzten Wochen durch die Vorgänge in Bonn (Rücktritt *Gerhard Stoltenbergs* und seiner parlamentarischen Staatssekretäre, darunter *Otfried Hennig*, der CDU-Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein) zusätzlich geschwächten CDU mit 8, 6 Prozent nur geringfügig weniger als die CDU in Baden-Württemberg, und nur die wenigen den Grünen für den Einzug in den Landtag fehlenden Stimmen retteten die SPD Schleswig-Holsteins ihrerseits vor Koalitionszwängen.

Wie in Frankreich und in Baden-Württemberg wiederholte sich auch an der Waterkant das gleiche Phänomen: Die Regierungspartei verliert gewaltig, die jeweilige „klassische“ Opposition stagniert (die CDU in Schleswig-Holstein bei 33, 8 Prozent) und die radikale bis extreme Rechte ist überall mächtig im Vormarsch.

Italien: Die DC fällt – und behauptet sich

Schließlich am gleichen Wochenende bzw. Montag darauf, da in Italien an zwei Tagen gewählt wird: die prognostizierten oder wenigstens für möglich gehaltenen kräftigen Verluste der italienischen Christdemokraten und ein den Republikanern in Baden-Württemberg vergleichbares Vordringen der „Lega Nord“ des lombardischen Senators *Umberto Bossi*, die gegenüber den Parlamentswahlen von 1987 (damals 0, 7) sich auf 8, 7 Prozent steigerte und gegenüber den Regionalwahlen der Zwischenzeit noch einmal um fast 100 Prozent zunahm. Die DC zum erstenmal seit ihrem Bestehen (in der Abgeordnetenkammer mit 29, 7, im Senat mit 27, 3) unter 30 Prozent. „E crollato il Muro DC“ – „die Mauer DC ist eingestürzt“ titelte die den Sozialisten *Bettino Craxis* nahestehende „Repubblica“ nach dem Erscheinen der ersten Hochrechnungen, die ein wenig ungenau die Christdemokraten noch um einiges schlechter aussehen ließen als das Endergebnis.

Aber in der Tat: Mit einer DC auf diesem Niveau in den siebziger Jahren auf dem Höhepunkt des „trasformismo“, der Schwergewichtsverlegung nach links, wäre der „sorpasso“, das Überholen der DC durch die Kommunisten unvermeidbar gewesen, und die politische Landschaft Italiens hätte sich grundlegend verändert – mit damals noch unkalkulierbaren Auswirkungen auf andere süd- und westeuropäische Länder.

Jetzt stürzte das Gemäuer mit seinen politisch uralten Trappfeilern ein. Die „Nomenklatura“ mit dem ewigen Wechsel unter dem stets gleichen, nur leicht variierten Führungspersonal dürfte den Einsturz diesmal kaum überleben. Aber die Ruinen sind immer noch robust genug, eine wie auch immer geartete Koalition mit der DC als maßgebendem Partner zu zimmern.

Unterm Strich ist die Lage der DC in Italien der der CDU

im CDU-Stammland Baden-Württemberg nicht unähnlich. Numerisch sind zwar Koalitionen gegen die DC denkbar, aber nur als heterogenes Gemisch aus Sozialisten, ehemaligen Kommunisten (Linksdemokraten), Grünen und diversen Kleinparteien. Eine Linkskoalition ohne die DC hätte keine Mehrheit – auch nicht zusammen mit den bereits wieder stagnierenden Grünen. Eine knappe, eventuell durch die radikalliberalen „Republikaner“ verstärkte Mitte-Links-Koalition aus DC, Sozialisten, Sozialdemokraten ist möglich, aber auch ein Bündnis der DC mit den Linksdemokraten unter Einbeziehung der „Republikaner“ oder auch der Sozialisten wäre denkbar. Faktisch geht also trotz der eingestürzten Mauer auch in Italien ohne die Christdemokraten nichts.

Interessanter sind indessen trotz aller italienischen Besonderheiten die trendmäßigen Parallelen zu den Ergebnissen in Frankreich und in den beiden deutschen Bundesländern: hohe Verluste der Regierungsparteien, Stagnieren der bisher oppositionellen Gruppierungen, eruptionsartige Zunahme rechtsradikaler und rechtspopulistischer Formationen. Zur Erklärung: Den Sozialisten Craxis – als Regierungspartner der DC „geborene“ Opposition innerhalb der Koalition – wurden beträchtliche Gewinne zugezogen, aber auch sie stagnierte mit mittleren Zugewinnen im Senat und leichten Verlusten in der Kammer auf dem in den achtziger Jahren erreichten Niveau. Der Traum vom anderen „sorpasso“, vom Überholen der (Ex-)Kommunisten durch die Sozialisten, ist einstweilen ausgeblieben. Sie müssen sich in ihrer Rolle als nur drittstärkste Kraft einrichten und wurden im Norden selbst in dieser Rolle von den „Leghe“ bereits überholt. Aber auch die in die Opposition zum „Quadripartito“ gezwungenen Republikaner legten entgegen allen Voraussagen kaum zu. Und auch anderes ist nicht auf einen Nenner zu bringen. In Deutschland gab es ein großes Erschrecken über die *Jungwähler*, die gar nicht wählten oder sich überproportional den „Republikanern“ zuwandten. In Italien haben gerade die Jung- und Neuwähler den Christdemokraten und Sozialisten die Stange gehalten. Deswegen die besseren Kammerergebnisse gegenüber dem Stimmenanteil bei den Senatswahlen (aktives Wahlalter für den Senat: 24). Erste Analysen zum Jugendvotum zeigen freilich ein differenziertes Bild. Kann man ihnen glauben, so fand mit Abstufungen von Nord und Süd eine massive Abwendung der unter 25jährigen von den Linksparteien (Parteien der demokratischen Linken, Altkommunisten) und im Norden eine überproportionale Hinwendung der Jugend zu den „Leghe“ statt. Am meisten profitiert vom Jugendvotum haben (leicht auf Kosten der DC) indessen die „laikalen“ Parteien der Mitte und der linken Mitte, insbesondere die Sozialisten Craxis.

Also Einbruch bei den Regierenden, Stagnieren der Opposition, Pendelschlag nach scharf rechts: Wird daraus ein europäischer Trend? Voreilige Schlußfolgerungen verbieten sich. Profil und Umstände der Wahlen in den verschiedenen Ländern waren so unterschiedlich wie ihr Gewicht. Auch die Parteien wie die Verfassungsstrukturen in den einzelnen Ländern sind zu vielschichtig und zu

variabel, um handfeste Vergleiche zuzulassen.

In Deutschland ging es um regionale Wahlen. Die Wahlbeteiligung – weiter im Sinken – ist bei Landtagswahlen traditionell niedriger als bei Bundestagswahlen; das Risiko, die gesamtpolitische Lage gegen die eigenen übergeordneten Interessen zu verändern, ist geringer; die Versuchung resp. die Neigung, Denkkzettel zu erteilen, um so größer. In Schleswig-Holstein wirkte noch die Barschel-Affäre nach. In Baden-Württemberg mußte nach dem für die CDU nicht gerade erfreulichen Rücktritt von *Lothar Späth* der neue Ministerpräsident in knapper Zeit erst Bekanntheit, Popularität und öffentliches Profil gewinnen. Die SPD ist in Baden-Württemberg – wie in Bayern – traditionell eine Drittpartei. Die Republikaner konnten dort auf einer durch bundespolitisch erzeugte Motive leicht mobilisierbaren Stammkundschaft aufbauen. Aber gegen eine vornehmlich regionale und „konjunkturelle“ Erklärung des Trends sprechen die Bundesumfragen im März und April, die die CDU unter der 40-Prozent-Grenze und die Republikaner knapp an der 5-Prozent-Grenze sahen, damit in dieselbe Richtung weisen.

Nicht alles gehört in den gleichen Topf

Die Regionalwahlen in Frankreich sind politisch leichtgewichtig. Die französischen Regionen sind keine eigenständigen Gebietskörperschaften wie die deutschen Bundesländer, sondern politische Verwaltungseinheiten. Regionalwahlen taugen also höchstens als Stimmungsbarometer. Und in Italien sind die Verschiebungen vom Aufschwung der „Leghe“ im Norden des Landes – im Süden sind sie bedeutungslos geblieben; entsprechend weniger hat die DC dort verloren, in der Mafia-Stadt Palermo trotz der „Rete“-Konkurrenz des früheren populären Bürgermeisters *Leoluca Orlando* sogar leicht zugenommen – insgesamt so gewaltig nicht, wie sie erscheinen. Der Rutsch der Christdemokraten unter die 30-Prozent-Grenze ist erschütternd in seiner Symbolkraft. Real verstärkt sich damit nur eine Entwicklung, die die DC faktisch seit den fünfziger Jahren begleitet; die stete Auslaugung einer „ewigen“ Regierungspartei, zu der es nie eine Alternative gab und die folglich nie die Möglichkeit hatte, sich in der Opposition zu regenerieren.

Angesichts eines sich unendlich hinziehenden Krisenprozesses ist es eher ein Wunder denn eine Katastrophe, daß ein knappes Drittel der Italiener der (katholischen) Volkspartei DC immer noch ihr Vertrauen schenkt. Freilich wird die *Democrazia Cristiana* damit auch immer mehr zum Krisenbestandteil des italienischen Nord-Süd-Gegensatzes mit allen in ihm enthaltenen politischen, sozialen und sogar kriminologischen Imponderabilien. Immer schon war die DC im Süden stärker, aber jetzt erodiert sie im Norden schlichtweg. In Mailand wurde sie von der „Lega Nord“ sogar knapp überholt.

Aber das Parteienspektrum insgesamt hat sich am 5. April in Italien *nicht grundlegend verändert*. Die kleinen bür-

gerlichen Parteien konnten sich insgesamt halten, die neofaschistische Rechte hat geringfügig verloren, die Grünen stagnieren. Und ein nicht zu übergehendes Phänomen in den romanischen Ländern: die Kommunisten unterschiedlicher Schattierung sind nach dem „Ende des Kommunismus“ noch lange nicht am Ende. Nimmt man die demokratisch gewendeten ehemaligen Eurokommunisten mit *Achille Occhetto* an der Spitze mit den Altkommunisten der „Rifondazione“ um *Armando Cossutta* zusammen, dann haben sie seit den Parlamentswahlen von 1988 im Vergleich zur damaligen Kommunistischen Partei im Senat 5,4 und in der Kammer 4,8 Prozent verloren, gegenüber den zwischenzeitlichen Regierungswahlen den Stand aber so gut wie gehalten. Und ebenfalls bemerkenswert: Selbst die stalinistischste kommunistische Traditionspartei Europas, als die die französischen Kommunisten des *Georges Marchais* nach wie vor gelten, haben noch ihre 8 Prozent erreicht. Der ideologische Fundus trägt also noch, wo er sich auf nennenswerte Traditionsmilieus stützen kann.

Und die diversen *Rechten*, die jetzt verstärkt auf den Plan treten? Sie sind untereinander mehr oder weniger verwandt, aber sie gehören nicht in ein und denselben Topf. Ihnen allen ist gemeinsam: ein autoritäres Gehabe, ein national verengtes Weltbild, die Lust am Ressentiment. Die Deutsche Volksunion pflegt eindeutig nazistisches Gedankengut, die Leute *Le Pens* sind zentralistische Nationalisten mit rassistischem Einschlag. Die Republikaner sind rechtsnationale Stammtischproleten, aber nicht in gleicher Weise Extremisten wie die Gefolgsleute *Gerhard Freys*. Die „Leghisten“ Bossis hingegen würden es zu Recht ablehnen, eine neofaschistische Bewegung zu sein. Als populistische Spiegelung italienischer Probleme sind sie im europäischen Rahmen ein sehr eigenständiges Gewächs, eine Verbindung norditalienischen Erfolgs-egoismus' und typischer norditalienischer Abqualifizierungen alles Südlichen und insofern auch Römischen; „Mitteleuropa“ gegen die „meridionali“. Sie sind die volkstümlichen Vertreter eines sehr norditalienischen Regionalismus – eines emotionalen Regionalismus ohne politisch konkretisierbares Konzept. Vor allem aber sind sie kondensierter Protest gegen alle „italienischen“ Übel: Klientelwirtschaft, „malgoverno“, bürokratische Aufblähung, Parteienherrschaft. Das brachte ihnen Stimmen bis ins letzte Südtiroler Dorf, sogar von der deutschsprachigen Bevölkerung.

Identitätsängste werden zu einem gewaltigen Syndrom

Ist also *der Protest* das den neuen Gruppierungen im rechten Spektrum Gemeinsame und die Ideologie nur der grelle Anstrich, der sie für den Protestwähler als geeignete Anbieter erkennbar macht?

Es ist in den Apriltagen viel über Protestwahlen, Protestwähler und Protestparteien geredet und geschrieben worden: vom Protest gegen die Inkompetenz von Parteien,

gegen politische Verheißungen, die an den Bedürfnissen der Leute vorbeigehen, gegen eine politische „Klasse“, die sich den tatsächlichen Problemen der Leute – Arbeitsplätze, Wohnungsnot, Renten, Kriminalität – nicht wirklich stellen. Protest war gewiß ein treibendes Motiv. Aber entscheidender als solcher Protest sind zur Zeit diffuse Ängste, die Menschen über alle Grenzen hinweg, wenn auch in unterschiedlicher Dosierung umtreiben: Angst vor Wohlstandsverlust, Angst vor Stabilitätsverlust, Schwierigkeiten mit der neuen Komplexität der Verhältnisse nach dem Ende der Blöcke, in Deutschland Schwierigkeiten mit dem innerdeutschen Teilen und auch mit dem Übergang zu Europa – und man glaubt den Regierenden und überhaupt den Politikern nicht, daß sie mit dem schärfer werdenden Problemdruck fertig werden.

Doch ist vor allem *eine* diffuse Angst *allen* gemeinsam: die Angst vor Überfremdung, das Erschrecken vor dem möglichen kulturellen (nationalen) Identitätsverlust. Ausländer sind erwünscht im Ausland und als Pizzaiolo an der Ecke, aber nicht als Mitbewohner im eigenen Haus. Vielleicht mit *einem* Unterschied auf die „Leghe“ bezogen: Für sie ist der Nachbar aus dem „Mezzogiorno“ noch der direktere Fremde als in Stuttgart der türkische Arbeiter bei Mercedes oder in Marseille der islamische Einwanderer aus dem Maghreb. Die Angst vor Überfremdung und vor nationalem Identitätsverlust scheint sich zu einem kulturschockartigen Syndrom zu entwickeln, das an Sprengkraft fundamentalistischer Abwehr westlicher Kultur in Dritte-Welt-Ländern, speziell durch den Islam, nicht viel nachsteht.

Der Wähler ist frei, die Parteien müssen ihn mobilisieren

In einem der letzten Presseclubs der ARD wurde gesagt, die Leute fürchteten weniger die „species“ Asylant als die „species“ Ausländer. Daran dürfte richtig sein, daß die diffuse Angst, die mehr und mehr in offene Ablehnung umschlägt, sich auf die Ausländer richtet, der Asylbewerber aber in der Rolle, die man ihm als Sozialhilfeempfänger zuweist, sich als Projektionsfigur für alles eigene angebliche oder tatsächliche Zukurzgekommensein besonders eignet. Die Angst vor nationalem Identitätsverlust wird so durch vorgeschobene und echte soziale Konflikte verdeckt und zugleich verstärkt. Deswegen ist die Asylproblematik isoliert auch kaum verständlich zu machen. Politisch entschärft kann das Syndrom nur werden, wenn sich die demokratischen Parteien den radikalisierten Schlagwortlieferanten und ihren uneingestanden Verunsicherungen im Gespräch mit der Bevölkerung mit *rationalen Argumenten* stellen und die politische Auseinandersetzung damit wieder mehr zu ihrer aufklärenden Funktion zurückfindet. Dabei sind die Medien so gefordert wie die Parteien.

Die Wahlergebnisse dieses Frühjahrs signalisieren gemeinsam aber noch einen zweiten Trend: Gemeinhin heißt er Parteien- und Politikmüdigkeit. Man verweist auf

die immer größer werdende „Partei“ der Nichtwähler, die in Baden-Württemberg diesmal in der Tat zur zweitgrößten Partei geworden ist und die SPD knapp überholt hat (Wahlbeteiligung 70,2 Prozent). Aber die Entwicklung ist uneinheitlich, die Diagnose unpräzise. In Deutschland verlieren die großen Volksparteien seit Mitte der achtziger Jahre ständig an Zustimmung: zum Teil Begleiterscheinung, zum Teil Folge nachlassender Integrationskraft und Lösungskompetenz – angesichts immer schwieriger Entscheidungsprozesse und eines immer stärker sich individualisierenden, an der eigenen Betroffenheit ausgerichteten Wahlverhaltens. *Dieter Oberndörfer* hat vor Jahren (vgl. HK, Mai 1989, 218 f.) in einer detaillierten Studie den Nachweis versucht, in den achtziger Jahren zeichne sich in Umfragen zu *politischen Einstellungen* eine Re-ideologisierung mit Verbreiterung der Extreme auf Kosten der politischen Mitte ab. Es scheint, daß diese Entwicklung

jetzt grenzüberschreitend auf das *Wahlverhalten* durchschlägt. Dies geht einmal mehr zu Lasten der großen Volksparteien und zwar, wie wenigstens der Fall Italien zeigt, unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung (Wahlpflicht!). Im ersten Erschrecken über den Wahlausgang und die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein wurde von einzelnen in schönem überparteilichen Einklang nach Einführung der Wahlpflicht auch in Deutschland gerufen. Dies ist Unsinn. Das Nichtwählen als bewußte Entscheidung ist legitim, wenn nicht gar Bestandteil jeder im vollen Sinn freien Wahl. Es ist Sache der Parteien, die Wähler zu mobilisieren, nicht des Gesetzgebers. Sie werden nur erfolgreich sein, wenn sie ihre Art, Politik darzustellen, ändern: wenn sie in erster Linie von der Sache her und erst in zweiter Linie gegen den Gegner argumentieren. Damit könnten auch Wahlkämpfe interessanter werden. *David Seeber*

Ein kirchlicher Flächenbrand

Im katholischen Österreich hängt der Haussegen schief

Weit stärker als in der Bundesrepublik wird das Leben der katholischen Kirche sowohl in der deutschsprachigen Schweiz wie in Österreich derzeit durch Polarisierungen unter den Bischöfen, emotionalisierte Konflikte und öffentlichen Ansehensverlust belastet. In Österreich, wo vor allem Bischof Kurt Krenn von St. Pölten durch sein Verhalten den Spannungen immer neue Nahrung gibt, ist kein Ende der unerfreulichen Polarisierung abzusehen. Nach der Frühjahrsvollversammlung der Bischofskonferenz bezeichnete ihr Sprecher die kirchliche Lage in Österreich als ernst.

Wenn Kardinal Newman in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts schrieb, daß Mißtrauen und Unzufriedenheit der vorgesetzten Stellen mit den einzelnen wie eine Wolke über der Kirche von England und über den einzelnen Christen lagerten, dann ist ein ähnlicher Zustand gegenwärtig in der Kirche Österreichs zu beobachten. Dieser Umstand ist mehr als erstaunlich, denn die Kirche in Österreich hat „Rom“ immer als maßgebliche Autorität anerkannt. Und die beiden Pastoralbesuche von Papst Johannes Paul II. in den Jahren 1983 und 1988 gestalteten sich zu eindringlichen Kundgebungen der Treue und der Verbundenheit der österreichischen Katholiken mit dem Heiligen Vater.

Eine ganze Reihe von *Bischofsernennungen*, die in den letzten Jahren erfolgten, und die schon allein durch das Ignorieren von Vorschlägen der Ortskirchen zu Widerspruch und Protest führten, hat jedoch zu einer abrupten Stimmungsänderung geführt. Diese wird auch durch die Handlungsweise einiger dieser Bischöfe gefördert, die zum Teil den Eindruck erwecken, es sei ihr Ziel, durch

Auseinandersetzungen aller Art zur Polarisierung beizutragen. Vor allem der St. Pöltner Diözesanbischof *Kurt Krenn* hat sich da einen Namen gemacht. Dabei läßt er immer wieder gesprächsweise durchblicken, daß er beste persönliche Beziehungen zum Papst habe, der ihn angeblich nicht selten zum Frühstück einlädt.

In der Öffentlichkeit ist die Kirche abgewertet

Mit dieser direkten oder indirekten Einbeziehung Johannes Pauls II. in die innerösterreichische Konfliktsituation ist eine überaus bedrohliche Lage entstanden: Kommen doch immer mehr Katholiken in Österreich zu der Meinung, daß maßgebliche Kreise in Rom systematisch daran arbeiten, die seinerzeit unter Kardinal *Franz König* eingeschlagene Linie der Kirche in Österreich zu ändern. Nie wurde jedoch klar gesagt, was eigentlich während der Ära König Rom störte, was geändert werden soll. Faktum ist, daß dieser Eindruck, Rom wolle den früheren Kurs der Kirche in Österreich revidieren, zu einem sprunghaften Anstieg der Popularität des Kardinals führte. Wo immer in Österreich heute der 87jährige Alterzbischof von Wien hinkommt, er wird mit nicht endenwollenden und demonstrativen Ovationen begrüßt.

Als besonders bedrückend empfinden gerade die kirchentreuen österreichischen Katholiken den Umstand, daß man sich in Rom offenbar ein Bild von der Kirche in Österreich macht, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. Manches weist darauf hin, daß Denuntianten im eigenen Land zu diesem verzerrten Eindruck beigetragen